

*) www.aps.org/policy/reports/popa-reports/upload/nucleardownsizing.PDF

+) www.state.gov/nuclearsummit/

fünf Jahre stattfindenden Überprüfungskonferenz, die historische Chance bei den Verhandlungen über eine Nuklearwaffenkonvention zu nutzen. Diese sollte zum Ziel haben, Atomwaffen zu ächten und deren schrittweise, überprüfbare, unumkehrbare und transparente Beseitigung bis zum Jahr 2020 in Gang zu setzen. Erste Schritte sollten ein allgemeiner Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen sein sowie der längst überfällige Abzug der taktischen Nuklearwaffen aus Deutschland und Europa.

US-Präsident Obama hatte im April 2009 in einer viel beachteten Rede seine Vision einer Welt ohne Atomwaffen betont, gleichzeitig aber klar gestellt, dass die Vereinten Staaten, solange solche Waffen existierten, sich das Recht auf ein sicheres, zuverlässiges und effektives Arsenal vorbehalten. Darauf bezugnehmend hat die American Physical Society (APS) in einem Bericht Maßnahmen für eine atomare Abrüstung empfohlen.^{*)} So sollten die USA zum einen die Zahl

ihrer Nuklearwaffen offenlegen, um andere Staaten zu einem solchen Schritt zu ermutigen, zum anderen aber die eigene nukleare Infrastruktur optimieren, um die verringerten Bestände an Atomwaffen funktionstüchtig halten zu können.

Die DPG weist in ihrer Erklärung darauf hin, dass neben der globalen Bedrohung durch die stationierten Arsenale die Gefahr der Weiterverbreitung von Atomwaffen besonders akut ist. Wenn mehr Staaten oder gar Terroristen über waffenfähiges Spaltmaterial verfügen, wird auch ein regionaler Atomwaffeneinsatz wahrscheinlicher. Um zu verhindern, dass Terrorgruppen in den Besitz von waffenfähigem Nuklearmaterial gelangen, haben sich am 13. April Regierungschefs aus 47 Ländern, darunter auch Bundeskanzlerin Angela Merkel, beim Nukleargipfel in Washington auf neue Sicherheitsregeln im Umgang mit strahlendem Material verständigt.⁺⁾ Vieles davon ist jedoch noch bloße Absichtserklärung, sodass man in

Bezug auf konkrete Maßnahmen wohl auf den nächsten Nukleargipfel 2012 in Südkorea hoffen muss. Ebenso bleibt abzuwarten, ob sich die Mitgliedsstaaten des Atomwaffensperrvertrags bei der Konferenz im Mai auf verbindliche Maßnahmen einigen können.

Für die DPG ist zwanzig Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges jedenfalls die Zeit gekommen, die Entwicklung neuer Atomwaffen und die Vergeudung wertvoller Ressourcen dafür endlich vollständig einzustellen und international zu ächten. Die DPG hat seit über 50 Jahren in verschiedenen Erklärungen zur Notwendigkeit der atomaren Abrüstung Stellung genommen und sich dabei von der Verantwortung leiten lassen, die Physikerinnen und Physiker für die Existenz von Atomwaffen in dieser Welt tragen.

Alexander Pawlak / DPG

■ Grenzen der Forschung

Die Max-Planck-Gesellschaft verabschiedet ethische Richtlinien für ihre Wissenschaftler.

Ob Kernenergie, Nanotechnologie oder Gentechnik – neue Erkenntnisse und wissenschaftlicher Fortschritt können ein zweischneidiges Schwert sein. Besonders kritisch ist der sog. Dual Use, bei dem Forschungsergebnisse entgegen ihrer ursprünglichen Intention z. B. für Angriffswaffen verwendet werden. Um diesem Missbrauch vorzubeugen, hat der Senat der Max-Planck-Gesellschaft nun ethische Regeln zum verantwortlichen Umgang mit Forschungsfreiheit und Forschungsrisiken verabschiedet. Damit zieht die MPG die Lehren aus der Forschungspraxis ihrer Vorgängerorganisation, der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, die während des Dritten Reichs ethische Grenzen verletzt hatte.

Die wissenschaftliche Arbeit in der MPG sei dem Wohl der Menschheit und dem Schutz der

Umwelt verpflichtet, heißt es in den neuen Regeln. Wissenschaftler müssten deswegen eine unmittelbare und mittelbare Schädigung von Mensch und Umwelt so weit wie möglich vermeiden. Demnach sind die Wissenschaftler nicht nur für ihr eigenes Verhalten verantwortlich, sie müssen auch die Risiken abschätzen, die durch ihre Forschungsergebnisse mittelbar entstehen könnten, etwa wenn sie von anderen zu schädlichen Zwecken missbraucht werden. Solche Risiken gilt es, klar zu analysieren und offen zu legen sowie durch Sicherheitsmaßnahmen zu minimieren. Diese reichen vom besseren Schutz der Daten bis zur sorgfältigen Auswahl der Kooperationspartner. Auch bei der Veröffentlichung von Ergebnissen gelten zwar zunächst Transparenz und freier Informationsaustausch

als Grundsätze. Allerdings kann ein Wissenschaftler bei bestimmten Risiken die Veröffentlichung verzögern und Forschungsergebnisse mit hohem Missbrauchspotenzial sogar teilweise nicht publizieren. Bemerkenswert ist, dass die MPG als letztes Mittel sogar den Verzicht auf ein Forschungsthema empfiehlt, wenn nach sorgfältigem Abwägen aller Risiken der potenzielle Schaden den Nutzen übersteigt.

Für Zweifelsfälle hat die MPG eine Ethikkommission eingerichtet, an die sich die Wissenschaftler wenden können. Die neuen Ethikregeln ergänzen die im Jahr 2000 veröffentlichten Richtlinien der MPG, die sich gegen wissenschaftliches Fehlverhalten wenden und Probleme wie die Fälschung von Daten ansprechen.

Anja Hauck